



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/303

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
30. Dezember 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Das unhaltbare Kohle - Diktat	S. 1
Das Rüstungsprogramm der Schweiz	S. 3
Die Situation an der Saar	S. 4
Plocks Geburtstag - auf Arbeiterschweiss	S. 6
Zu den Besatzungskosten	S. 7

Unfreie Kohle

RAF. Während die gesamte verarbeitende Industrie Westdeutschlands im November 1950 noch einen beachtlichen Zuwachs der Produktion zu verzeichnen hatte, ging die Produktion im Sektor der Grundstoffe noch weiter als im Oktober zurück. Hierin zeigten sich die Wirkungen des Kohleengpasses, den der starke konjunkturelle Aufschwung, die saisonbedingte erhöhte Nachfrage und eine zu hohe Ausführquote mit verursacht haben. Obwohl die Verschlechterung der Beschäftigungslage in Westdeutschland nicht nur ökonomische und soziale, sondern auch geradezu weltpolitische Aspekte hat, obgleich die westdeutsche Bevölkerung nur äusserst mangelhaft mit Hausbrand versorgt wird, hat dennoch die Ruhrbehörde der Bundesregierung empfohlen, die Kohlenverteilung wirksamer zu organisieren und am innerdeutschen Verbrauch einzusparen.

Der Engpass Kohle ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Erscheinung. Während aber alle anderen Kohlenproduzenten Europas ihre Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung durch drastische Kürzungen ihres Kohlenexports verringern konnten, steht uns dieser Weg nicht offen. Westdeutschland ist der einzige Staat, dessen Exportanteil an der Kohlenherzeugung durch die "Internationale" Ruhrbehörde zwangswise festgesetzt und durch die Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission für Europa) in Genf verteilt wird. Im vierten Quartal 1950 exportierten die europäischen Kohlenländer noch 10,23 Millionen Tonnen Kohle (ohne Deutsch-

land) und für das erste Quartal 1951 bieten sie der ECE nur 6,7 Millionen Tonnen an. Damit macht die erzwungene Exportquote an der westdeutschen Kohle mehr aus als die Kohlenausfuhr aller anderen europäischen Staaten, einschliesslich Englands und der Ostblockstaaten. Deutschland muss ein reichliches Viertel seiner Kohlenerzeugung ausführen, dagegen führt beispielsweise England nur zwei Prozent aus. Die Forderung der deutschen Delegation in der Ruhrbehörde, statt der festgesetzten 6,83 Millionen Tonnen nur 5,7 oder 5,9 Millionen Tonnen im ersten Vierteljahr 1951 exportieren zu dürfen, erweist sich als äusserst massvoll gegenüber der Reduktion des englischen Exports von 2 687 000 Tonnen im letzten Viertel 1950 auf 1.000.000 Tonnen im ersten Vierteljahr 1951. Frankreich will seinen Kohlenexport um 921.000 Tonnen kürzen.

Angesichts der wieder ansteigenden Arbeitslosenziffern klingt es wie Lohn, wenn den Deutschen geraten wird, ihre passive Handelsbilanz durch Kohlenexport zu verbessern. Unsere Handels- wie unsere Zahlungsbilanz können nur mit dem Export von durch Arbeitsintensität hochwertigen Erzeugnissen verbessert werden. Und nur auf diese Weise kann die hochnötige Verbesserung unseres Lebensstandards erreicht werden, während diesem von einer zu grossen Ausfuhr der Rohstoffe, insbesondere aber der Kohle, eine weitere Verschlechterung droht.

Der gesamte Komplex der hier behandelten Fragen war vor der Errichtung der Ruhrbehörde deutlich sichtbar. Als die sozialdemokratische Opposition gegen diese Institution der einseitigen Rohstoffentnahmen war, wurde sie als nationalistisch nicht nur im Ausland verschrieen. Sie war niemals nationalistisch. Sie war immer für die internationale Zusammenarbeit, deren Voraussetzung die Freiheit und die Gleichheit der Partner ist. Und sie begründete mit Recht ihr Nein gegenüber der Ruhrbehörde mit der Sorge um die menschenwürdige Existenz des deutschen Volkes, einschliesslich der Arbeitslosen, der Ausgebombten und der Vertriebenen. Das Nein galt dem willkürlichen Entzug jener Kohle und jenes Stahls, die zum Aufbau dieser menschenwürdigen Existenz heutzutage nun einmal nötig sind.

Die Schweiz rüstet

J.Z. Zürich, Anfang Januar

Die Schweizer Landesverteidigung verlangt seit 1947 unvorhergesehene Aufwendungen und ist seitdem Gegenstand ernstester Besorgnisse wie auch widerstreitender Auffassungen zwischen Militärs und Zivilisten. Im Juni 1947 bewilligte das Parlament für das Militärwesen 400 Mill. sFr. in der festen Erwartung, dass dieser Betrag für Ausrüstungsergänzungen und Modernisierungen der Armee genüge. Die Überraschung war entsprechend, als der Chef des Militärdepartements Bundesrat Kobelt, dem Parlament 1949 erklärte, mit dem bewilligten Budget nicht auskommen zu können und 500 Mill. sFr. verlangte. Die Mehrforderungen begegneten einer massiven sozialdemokratischen Opposition und einem Missbehagen bei den bürgerlichen Parteien, und erst das Zugeständnis einer "Studienkommission" zur Überprüfung der Ursachen der Budgeterhöhungen sicherte dem neuen Militäretat eine Parlamentsmehrheit.

Inzwischen haben die gefährdenden Weltereignisse die Frage beiseite geschoben, ob nur 400 oder doch 500 Mill. sFr. an Militärausgaben notwendig wären. Der für 1951 vorgelegte Wehretat sieht ein neues Rüstungsprogramm in Höhe von 1,4 Milliarden Schweizer Franken vor, wovon die Hälfte auf das Budgetjahr 1951 entfällt. Vorschusskredite von insgesamt 309 Mill. sFr. sind von den Eidgenössischen Räten bereits bewilligt worden. Das neue Rüstungsprogramm ist mit Ausnahme der PdA-Kommunisten von allen Parteien als unabwendbar anerkannt worden und schon in der Durchführung begriffen.

Das Gesamtbudget der Eidgenossenschaft für 1951 beläuft sich auf 1747 Mill. sFr. (1950: 1503), davon für die Landesverteidigung 732 Mill. sFr. (1950: 498). Für die ordentlichen oder laufenden Ausgaben der Armee sind 453 Mill. sFr. bereitgestellt; für die ausserordentlichen, die einmalige Beschaffungen und Heeresbauten u. dergl. umfassen, 267 Mill. sFr. Ein Kredit von 192 Mill. sFr. für spezielle Stoffausrüstungen verschiedener Heeresgattungen steht weiterhin zur Verfügung.

Das Gesamtrüstungsprogramm für die Schweizer Armee wird im Verlaufe von fünf Jahren durchgeführt werden. Ein italienischer Militärfachmann urteilt, dass die Schweizer Armee dann "die französische Armee des Mutterlandes an Feuerkraft um das Vierfache übertreffen" würde. Die halbe Million Soldaten, vorzüglich ausgebildet und mit einer laufend modernisierten Bewaffnung "könnte einem angreifenden Ergebnis in keinem Verhältnis steht zu den Verlusten." Der Antrag des schweizerischen Kommunistenführers Léon Nicole zum Fünfjahresplan Kobelt im Nationalrat, das Militärbudget auf 300 Mill. sFr. herabzusetzen, erscheint so durchaus verständlich.

Brücke auf einem Pfeiler
Zur Situation des Saargebietes

(Wir veröffentlichten am 26. Dezember den Bericht eines gelegentlichen Mitarbeiters aus dem Saargebiet, der auf manchen Widerspruch gestossen ist. Darunter befand sich die folgende Darstellung, die wir zur Abrundung des politischen Bildes von der Saar weiter geben. D.Red.)

Für die aufrichtigen Befürworter eines vereinten Europas ist es schmerzlich, festzustellen, dass seit 1945 nicht eine der vielen französischen Regierungen eine versöhnliche Haltung in der Saarfrage gezeigt hat. Unaufhörlich wird an dem Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Loslösung des Saarlandes von Deutschland gearbeitet. Man spricht von "Autonomie des Saarlandes", dabei liegt durch Verträge zwischen den Regierungen des Saarlandes und Frankreichs alle wirklich entscheidende Macht in französischer Hand.

Frankreich kontrolliert das gesamte Geldwesen im Saarland. Französische Banken und Versicherungsgesellschaften haben sich niedergelassen, die einheimischen Banken und Geldanstalten wurden in einer Organisation zusammengefasst, deren Leitung in französischer Hand liegt. Nach einer Anordnung des Hohen Kommissars müssen alle Banken im Saarland 30 Prozent der Spareinlagen in Paris hinterlegen. Alle überschüssigen Gelder dürfen nicht im Saarland zur Kreditgewährung verbleiben, sondern müssen ebenfalls in Paris angelegt werden. Auf diese Weise ist französisches Kapital überall in Industrie, Wirtschaft, Handel und Privateigentum eingedrungen. Frankreich verwaltet den grössten Reichtum des Saarlandes: die Kohle. Der Saarbergmann ist mit seinen Löhnen nicht zufrieden, weil er bei besserer Durchschnittsleistung als sie der französische Bergmann aufweist, weniger verdient als dieser. Gleichstellung war ihm versprochen worden.

Die Wirtschaftsgrenze nach Deutschland ist weiterhin verschlossen. Dadurch ist der wirtschaftliche Anschluss ein sehr gutes Geschäft für Frankreich, denn 900.000 Menschen zu versorgen, ergibt grossen Umsatz. Nach den Wahlparolen von 1947 glaubte das Saarvolk, dass seine Industrie von Reparationen verschont bliebe. Nun hat Frankreich seine Reparationsansprüche an den bedeutenden

Industrieunternehmen in Völklingen, Neunkirchen, Bous und Saarlouis geltend gemacht. Der Hohe Kommissar erklärt: "Wir haben 1947 nur auf die Demontage, nicht auf den Reparationsanspruch an diesen Werken verzichtet". Auch dies ist ein gutes Geschäft für Frankreich, denn bei Demontage hätte es nur einmal den Anteil an den Werken gehabt, nun sitzt es als Teilhaber dauernd mit drin.

Das Saarland hat von den Segnungen der Marshallgelder erst einen kleinen Teil erhalten. Frankreich, als "Schatzkanzler des Saarlandes", erhält vereinbarungsgemäss auch die Marshallgelder für das Saarland. Der Hohe Kommissar hat am 14.10.50 bei einer Rede in Dillingen selbst zugegeben, dass Frankreich dem Saarland gegenüber mit Marshallgeldern im Rückstand ist. Aus seinen Äusserungen ging hervor, dass man sich über den Verteilerschlüssel noch nicht einig ist. Das Saarland möchte der Einwohnerzahl entsprechend den Verteilerschlüssel mit 1 : 4 festgelegt haben; Frankreich will ihn höher setzen, da auch die Einwohner der Französischen Union, d.h. Kolonialfrankreich, mitzählen müssten.

Die Deutschen an der Saar werden das Gefühl nicht los, dass der wirtschaftlichen Anschluss der politische folgen soll. Die Autonomie ist der erste Schritt dazu. Kulturrekord und Saar-Konventionen sollen die Deutschen an der Saar auch geistig von Deutschland lösen. Eine kostspielige Universität ist unter Hilfestellung der Universität Nancy in Homburg, später in Saarbrücken angebaut worden. Bisher gab es nur französische Rektoren. Anfangs hielt man die Vorlesungen nur in französisch, jetzt auch in deutsch. Eine französische höhere Schule "Ecole Maréchal Ney" nimmt jedes deutsche Kind mit offenen Armen auf: kein Schulgeld, keine Bücher- ausgaben. Die gute Kleidung aller Kinder fällt auf. In den Volksschulen ist ab dem 2. Schuljahr die französische Sprache Pflichtfach.

Die weiteren Ziele sind: Bischofssitz (Saar-Bistum), Garnison und Staatschef. Dies sind keine "schlechten Informationen Dr. Schumachers", wie sich die Regierung des Saarland-Informationsamtes am 9.11.50 auszudrücken behobte, sondern Forderungen des Abgeordneten Bardoux in der französischen Nationalversammlung am 20.10.50 in der Debatte über die Ratifizierung der Saar-Konventionen. Und es sind nicht nur die Gedanken und Forderungen dieses einen Abgeordneten!

Das Schlagwort "Autonomes Saarland - Brücke zwischen Frank-

reich und Deutschland" ist so unwahrhaftig wie alle Schlagwörter. Die bekannte Zeitschrift "Der Tintenfaß" brachte neulich ein Bild der bekannten "Alten Brücke" in Saarbrücken. Sie beginnt auf dem Westufer der Saar und bricht in der Mitte ab, nach dem Ostufer besteht keine Verbindung. Unterschrift: "Saarland als Brücke". Wer könnte treffender den tatsächlichen Zustand schildern!

Wenn auch Bonn augenblicklich noch schweigt, wird es sich nicht vermeiden lassen, eines Tages mit der Saarfrage auf dem Petersberg anzuklopfen. Bonn darf die 900.000 Deutsche an der Saar nicht vergessen und nicht enttäuschen. Diese Deutsche wollen nicht Streitobjekt sein, sie wollen nicht zurück-, sondern vorwärtsblicken: in ein Vereintes Europa, aber nicht als "Saarländer", sondern als Deutsche.

"Zu Ehren des Geburtstages Piecks"

G. Ein neuer grosser Wettbewerb um die meisten "Sonderschichten" begann unlängst "zu Ehren des Geburtstages Piecks" am 3. Januar. Die Belegschaften wurden zu "bester Erfüllung dieser Sonderschichten" aufgerufen.

Seit einem Jahr sind die "freiwilligen Sonderschichten" zu einem festen Bestandteil in der Lohnpolitik der volkseigenen Betriebe der Ostzone geworden. Bezahlte Überstunden bekamen Seltenheitswert. Die Mehrarbeit der Belegschaften bleibt ohne Vergütung und materielle Anerkennung. Keine Betriebsgewerkschaftsleitung und kein kommunistischer Gewerkschaftsband erheben gegen diese unsoziale Maßnahme Einspruch. Von besonderen Funktionärbrigaden wird eine solche Aktion geradezu gefördert und unterstützt.

Allein in den letzten Wochen mussten von den Arbeitern in den volkseigenen Betrieben "freiwillige" Sonderschichten "zu Ehren des Weltfriedenkongresses", "zu Ehren der Volkswahl", "zu Ehren der Volkskammerkandidaten", "zu Ehren des Geburtstages Stalins" und "zu Ehren des Beginns des Fünfjahresplans" geleistet werden. Unzählige Arbeitsstunden wurden von den Belegschaften "gespendet", deren Nutzeffekt ausschließlich den "volkseigenen" Konzernen und Kombinatzen zugute kommt. Allein die Belegschaft eines einzigen

Betriebes, der mecklenburgischen Schiffswerft in Wismar, leistete beispielsweise in den letzten beiden Monaten 8.500 "freiwillige Solidaritätsetunden" ohne jegliche Vergütung. So kommen die "Volksbetriebe" in den Genuss billiger Arbeitskräfte. Diese Ausbeutung der Belegschaften und die damit verbundene starke Lohnschmälerung findet der "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" als Interessenvertretung der Arbeit vollauf in Ordnung.

Machtlos ist der Arbeiter in der Ostzone der Willkür und den Methoden der Stachanow-Brigaden ausgesetzt. Und es verwundert nicht, wenn kürzlich in einer Konferenz der Landesgesundheitsämter und Arbeitsschutzkommissionen der Ostzonenländer auf die schlechte physische Verfassung der Arbeiter und auf die ständig steigenden Unfallziffern durch Überbeanspruchung der Belegschaften in den "volkseigenen" Betrieben hingewiesen wurde! Raubbau an der Arbeitskraft des einzelnen durch Überbeanspruchung bei gleichzeitig unzureichender Ernährung, das ist das glorreiche Prinzip - u. a. "zu Ehren des Geburtstages Picocks".

- - - -

Der finanzielle Beitrag. (sp.) In den Beratungen über den Haushaltsplan 1951/52 wird auch der finanzielle Beitrag eine besondere Rolle spielen, der im Rahmen der allgemeinen Verteidigungskosten auf Deutschland entfallen soll. Er liegt selbstverständlich noch nicht fest, aber natürlich macht man sich an den verschiedenen zuständigen Stellen darüber bereits Gedanken.

Ausdrücklich wird dabei die Auffassung vertreten, dass die Alliierten erst ganz erhebliche Einsparungen bei der Verwaltung vornehmen müssten, bevor ein deutsches Mehr an Kosten zu verantworten oder überhaupt möglich sei. Der von den Alliierten offiziell angegebene Prozentsatz für Verwaltungskosten mit 20 Prozent der Gesamtsumme wird in Zweifel gezogen. In der britischen Zone z.B. liegt er nach deutschen Schätzungen doppelt so hoch. Insgesamt wird von deutschen Stellen allein die Zahl der Familienangehörigen, der Hausangestellten, der Bürokräfte und des übrigen Bestandes an Hilfspersonal mit etwa 450.000 angegeben.

Man schlägt auf deutscher Seite u.a. vor, dass die Alliierten sich darauf beschränken sollten, bei den Landesregierungen Beobachter zu unterhalten, die, zusammen mit einem vielleicht etwas grösserem Apparat bei der Ehen Kommission, dann durchaus in der Lage wären, alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Die übrigen regionalen Instanzen könnten fortfallen. Schliesslich wäre es angebracht, den Lebensstandard der Truppe auf ein normales Maß zurückzuführen.

- - - -